

Nordwest Zeitung

OLDENBURGER NACHRICHTEN

UNABHÄNGIG - ÜBERPARTEILICH

Montag, 17. Juni 2013

Einzelpreis 1.50 €

NWZ




BILD: DPA

HELD VON BERN: WELTMEISTER OTTMAR WALTER IST TOT

→ SPORT, SEITE 10

STRAßEN-LISTE SOLL ERST GEHEIM BLEIBEN

→ STADT OLDENBURG, SEITE 29



HEUTE 22°

DI 25° MI 30°

4

A 68. Jahrgang, Nr. 138, 25. KW

OLDENBURG

Zehntausend bei Demo
Zum 19. Mal haben am Sonnabend Lesben und Schwule beim Christopher Street Day Nordwest in Oldenburg für Toleranz und Gleichberechtigung demonstriert. Organisatoren und Polizei zählten fast 10 000 Teilnehmer und Schaulustige.....S.29/30

Schwierige Debatte

Die Debatte um einen Hubschrauberplatz beim Evangelischen Krankenhaus zieht sich hin. Die Abgabefrist für eine Stellungnahme wurde verlängert. Selbst dieser Aufschub reicht kaum aus.....S.29

Im Doppelpack

Auftritt im Doppelpack hieß es am Wochenende in der Evangelischen Familien-Bildungsstätte. 18 Eltern von Zwillingen waren mit ihrem Nachwuchs gekommen.....S.32

NWZ ONLINE

MIT EINER BUNTEN Parade haben Tausende Menschen beim Christopher Street Day in Oldenburg für die Gleichstellung homosexueller Paare demonstriert: www.NWZonline.de/fotos-oldenburg

UNGEWÖHNLICHE Mittel haben die Helfer in den Hochwassergebieten ergriffen, um die Wassermassen zurück in die Flüsse zu drängen: www.NWZonline.de/fotos-panorama

NWZ play berichtet ebenfalls über den Christopher Street Day in Oldenburg: www.NWZplay.de

AUCH DAS NOCH

EIN ZWEIJÄHRIGER ist in Nürnberg mit einem Auto in ein Schaufenster gefahren. Die Mutter hatte den Wagen abgestellt, um einen Einkauf zu erledigen. Die Tante und der Junge warteten auf sie im Wagen. Der Junge, der auf dem Fahrersitz saß, drehte plötzlich den Schlüssel, das Auto sprang an und machte, da ein Gang eingelegt war, einen Satz in das Schaufenster. Verletzt wurde niemand.

ZITAT

„Ich hatte nicht das Problem G8 oder G9. Ich hatte das Problem G11.“

PEER STEINBRÜCK, SPD-Kanzlerkandidat, zu seinen Ehrenrunden in der Schule

NWZ-SERVICE

Abo ☎ 0441/99883333

Anzeigen ☎ 0441/99884444

Zentrale ☎ 0441/998801

Postfach 25 25, 26015 Oldenburg



Millionen für Internet-Überwachung

GEHEIMDIENST BND will 100 Mitarbeiter einstellen – Umfassende Kontrolle grenzüberschreitender Mails

Nicht nur in den USA liest der Geheimdienst im Internet mit: Auch Deutschland investiert in Daten-Überwachung.

VON UTA WINKHAUS

BERLIN – Die Bundesregierung will die Überwachung des Internets trotz weltweiter Empörung über die US-Daten-

spionage massiv ausweiten. Dazu hat der Bundesnachrichtendienst (BND) laut „Spiegel“ ein 100-Millionen-Euro-Programm aufgelegt, aus dem 100 neue Mitarbeiter und mehr Rechenleistung finanziert werden sollen.

Mit den neuen Kapazitäten will der BND dem Bericht zufolge ähnlich wie der US-Geheimdienst NSA sicherstellen, dass der grenzüberschreitende Datenverkehr möglichst

umfassend überwacht werden kann. In einer ersten Tranche habe die Regierung bereits fünf Millionen Euro freigegeben. Im Gesetz ist festgelegt, dass der deutsche Auslandsgeheimdienst bis zu 20 Prozent der Kommunikation zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland auf verdächtige Inhalte prüfen darf. Anders als die NSA speichert der BND allerdings nicht den gesamten Internetverkehr auf

Verdacht, sondern sibt die Kommunikation nur.

Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) dringt zudem darauf, dass sich Fluggäste aus dem Ausland vor ihrer Reise in die EU künftig mit persönlichen Daten im Internet anmelden müssen.

Friedrich rechtfertigte die Netzüberwachung. „Natürlich müssen auch unsere Nachrichtendienste im Internet präsent sein“, sagte der CSU-

Politiker dem „Spiegel“. Beim Koalitionspartner, aber auch in der Opposition stießen die Pläne dagegen auf Ablehnung.

„Die FDP-Fraktion erwartet intelligente Lösungen, um Gefahren zu begegnen, nicht massenhafte Datensammlungen, die jeden unter Generalverdacht stellen“, sagte Innenexpertin Gisela Piltz. Die Grünen sprachen von einem Ablenkungsmanöver.

→ KOMMENTAR, SEITE 4

30 000 feiern beim Familienfest



BILD: RAPHAEL KRÄMER

Ausgelassen feierten am Sonntag rund 30 000 Besucher auf dem siebten Oldenburger Familienfest, zu dem die NWZ und die Molkerei Ammerland gemein-

sam eingeladen hatten. Auch die beliebte Kinderkanal-Moderatorin Singa Gätgens (Mitte) war mit ihrem „Kinder stark machen“-Erlebnisland in Olden-

burg dabei.

→ EXTRA, SEITEN 20 UND 21

→ Ein Spezial zum Fest gibt es im Internet unter www.NWZonline.de/familienfest

FDP-Spitzenkandidat verletzt sich schwer Mentholzigaretten bald verboten

UNFALL Brüderle erleidet Knochenbrüche

BERLIN/DPA – Der FDP-Spitzenkandidat Rainer Brüderle (67) liegt nach einem schweren Sturz mit mehreren Knochenbrüchen im Krankenhaus. Der Fraktionsvorsitzende sei operiert worden und müsse noch für einige Tage in der Klinik bleiben, sagte Parteisprecher Peter Blechschmidt. „Rainer Brüderle ist gestern Abend nach einer Theateraufführung gestürzt und hat sich dabei Frakturen an Arm und Bein zugezogen.“ Er werde für den Wahlkampf aber nicht lange ausfallen.



FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle BILD: DPA

RAUCHEN Ekelbild auf Packung möglich

BERLIN/DPA – Die Bundesregierung unterstützt den Plan der Europäischen Union für ein Verbot von Mentholzigaretten. Auf die Abbildung von Schockbildern auf Zigarettenschachteln habe man sich aber noch nicht endgültig festgelegt, sagte der Sprecher des Verbraucherministeriums, Holger Eichele, am Sonntag in Berlin. Solche Bilder machten nur Sinn, wenn sie die Menschen tatsächlich vom Rauchen abhielten. Das aber müsse die EU-Kommission noch nachweisen.

Die Gesundheits- und Verbraucherminister der EU-Staaten wollen am kommenden Freitag in Luxemburg über die Tabakrichtlinie beraten. Die Richtlinie sieht Schockfotos etwa von Raucherlungen oder Mundkrebs auf Zigarettenschachteln vor. Geschmackszusätze sollen nur noch dann zulässig sein, wenn sie das Tabakaroma nicht verändern. Sowohl Mentholzigaretten wie auch die bei Frauen beliebten dünnen Slim-Zigaretten würden demnach verboten.

Straßenschlachten in Istanbul

ISTANBUL/AP/DPA – Dramatische Zuspitzung in der Türkei: Nach der Räumung eines Protestcamps im Istanbul Gezi-Park ist es am Sonntag zu Straßenschlachten gekommen. Sicherheitskräfte gingen mit Tränengas und Wasserwerfern gegen Demonstranten vor, die zu Tausenden ins Zentrum der türkischen Metropole drängten. Gleichzeitig versammelten sich einige Kilometer entfernt Zehntausende Anhänger der religiös-konserverativen Regierung von Recep Tayyip Erdogan. Der Regierungschef verteidigte sein Vorgehen: „Ich habe meine Pflicht als Ministerpräsident getan“, sagte er.

→ NACHRICHTEN, SEITE 3